UNOS
Unternehmensfreude
YEAH
WOW
MEHR
FREIHEIT FÜR
UNTERNEHMER:INNEN
#sowasvonfrei
Das UNOS-Programm
Wirtschaftskammerwahlen 2025

UNOS machen Politik für eine zukunftsfitte Wirtschaft.

WÄHLE MEHR FREIHEIT

Du möchtest eine Kammer, die für dich da ist und deine Interessen als Unternehmer:in vertritt? Dann wähle „UNOS - Team Unternehmensfreude (NEOS)," denn wir wollen die Wirtschaftskammer von ihren überholten und starren Strukturen befreien und aus ihr eine echte Unternehmer:innen-Kammer machen.

Die Wirtschaftskammerwahlen finden insgesamt von 10. bis 13. März 2025 statt (Vorsicht: je nach Bundesland unterschiedlich!). Wahlberechtigt bist du, wenn du zum Stichtag, dem 25. November 2024, Mitglied einer Fachorganisation warst und das Gewerbe nicht ruhend gemeldet hast. Gewählt werden deine Vertreter:innen in der Wirtschaftskammer.

Wählen kannst du entweder bei deiner WK-Bezirksstelle, bei manchen Gemeindeämtern oder mit WAHLKARTE. Bitte die Wahlkarte rechtzeitig beantragen und dann bis 7. März ausgefüllt an die Wirtschaftskammer senden! Nur in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol sind Einsendungen bis zum letzten Wahltag möglich.

WAHLKARTE BEANTRAGEN

Digitale Signatur erforderlich

www.wahlkartenantrag.wko.at

VORWORT

UNOS machen Politik für unternehmerische Freiheit.

© UNOS/Nicole Helling/Andreas Balon

Michael Bernhard
GF und Miteigentümer Contact Center, UNOS-Bundessprecher

Markus Hofer
Finanzexperte und Start-up-Gründer, UNOS-Bundessprecher-Stellvertreter

Liebe Unternehmerinnen und Unternehmer! UNOS sind die Vertretung der liberal denkenden Wirtschaftstreibenden in Österreich und wir treten für euch als „UNOS - Team Unternehmensfreude (NEOS)" bei den Wirtschaftskammerwahlen 2025 an. Unser Ziel: Wir wollen die veralteten verkrusteten Strukturen in der Kammer aufbrechen und aus ihr eine effiziente und serviceorientierte Organisation zum Nutzen aller Selbstständigen machen.

Stell dir vor, du kannst dich mit vollem Einsatz deinem Unternehmen und deiner Familie widmen. Stell dir vor, du kannst deine Lohnverrechnung selbst schnell ohne externe Hilfe erledigen. Und stell dir vor, es gibt eine Interessensvertretung, die sich voll für die Anliegen aller Unternehmer:innen einsetzt. All das wollen UNOS für dich erreichen. Denn es ist Zeit für echte Reformen, damit auch für Unternehmerinnen und Unternehmer Arbeit und Familie gut vereinbar sind, damit sie sich voll der unternehmerischen Tätigkeit widmen können, und damit es eine wirklich gute Unternehmer:innen-Interessensvertretung gibt, auf die sich alle verlassen können.

Die Wirtschaftskammer Österreich sitzt dank der Zwangsbeiträge für Unternehmen auf einem Rücklagenberg von rund 2 Milliarden Euro, während viele zahlende Mitgliedsunternehmen ums Überleben kämpfen. Auch das muss sich ändern!

Wähle UNOS! Für mehr Freiheit und eine echte Unternehmer:innen-Interessensvertretung.

Liebe Wirtschaftstreibende! Österreich verliert an Wettbewerbsfähigkeit und die Wirtschaftskammer schaut zu, anstatt sich für ihre Mitglieder einzusetzen. Wir fordern daher echte Reformen und Entlastung für Unternehmer:innen!

Die Regeln für Steuern und Abgaben sind in Österreich kompliziert und widersprüchlich, die Steuer- und Abgabenquote ist zu hoch und der ausgeprägte Föderalismus bremst Unternehmen in der Umsetzung ihrer Projekte. Zudem entmutigt die überbordende Bürokratie auch jene, die gerne gründen würden, aber keine Lust auf endlosen Papierkram und ermüdende Amtstermine haben.

UNOS haben daher ein Programm erarbeitet, das für mehr unternehmerische Freiheit steht und uns wieder wettbewerbsfähig macht. Dafür brauchen wir Entlastung, einen drastischen Bürokratieabbau und nicht zuletzt eine starke Vertretung, die tatsächlich im Interesse ihrer Mitglieder agiert; frei von Bünde-Verbindlichkeiten und mit einer schlanken und schlagkräftigen Organisation.

In diesem Heft erfährst du mehr über unsere Vision für ein liberales, weltoffenes und zukunftsorientiertes Österreich sowie alle Details zum UNOS-Programm, das wir gemeinsam mit hunderten Unternehmerinnen und Unternehmern erarbeitet haben. Wir freuen uns auf dein Feedback unter contact@unos.eu!

Wähle UNOS! Für echte Entlastung, weniger Bürokratie und mehr Unternehmensfreude!

© UNOS/Günther Peroutka

Der UNOS-Bundesvorstand kämpft für mehr Freiheit für Unternehmer:innen:

UNOS-Bundessprecher Michael Bernhard (Mitte) mit seinem Stellvertreter Markus Hofer (2. von links) und den Vorstandsmitgliedern Jürgen Margetich (ganz links), Marina Stütz mit Hund Bobbi und Engin Alkan (ganz rechts).

UNOS wollen ein Österreich in dem Unternehmer:innen gerne gründen und wachsen. Ein Österreich, in dem sie Wertschätzung für ihren gesellschaftlichen Beitrag erhalten und die Möglichkeit haben, das zu tun, was sie am besten können: Kunden bedienen und neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln.

Unsere Vision ist klar: Ein Land, in dem Unternehmertum in Freiheit und mit Freude gelebt werden kann - ohne unnötige Bürokratie, ohne widersprüchliche und zermürbende Auflagen und ohne finanzielle Benachteiligung. Ein Land, mit einer Unternehmer:innen-Vertretung, die diesen Namen auch verdient: serviceorientiert, unbürokratisch und ohne Pflichtmitgliedschaft. Anstatt teure, unübersichtliche und ineffiziente Strukturen zu unterhalten, sollte eine reformierte Wirtschaftskammer jene Themen angehen, die für Unternehmer:innen zentral sind: Entlastung, Bürokratieabbau und Vereinbarkeit von Unternehmertum mit Familie.

Wir möchten ein Österreich, in dem Unternehmer:innen nicht mit europaweit einmalig hohen Abgaben entmutigt werden, sondern in einer Kultur der Wertschätzung und Anerkennung leben und arbeiten können – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer politischen Ausrichtung oder Netzwerken und auch unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer sexuellen Selbstdefinition.

Von einem solchen liberalen, weltoffenen, zukunftsorientierten Land der Unternehmensfreude ist Österreich leider noch weit entfernt. Weder sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen dazu geeignet, Gründer:innen auf Ihrem Weg in die Selbstständigkeit zu fördern, noch gibt es hierzulande Lösungen, die anderswo längst Realität sind und die es ermöglichen, Unternehmertum und Familie miteinander zu vereinen.

VISION

Liberal, weltoffen, zukunftsorientiert. Wir wollen ein Österreich, in dem man gerne selbstständig ist.

Dabei gäbe es so viel zu tun. Österreichs Unternehmen brauchen dringender denn je eine Entlastungsoffensive: Es braucht Steuersenkungen durch eine Tarifreform, in der die mittleren und oberen Steuerstufen deutlich später einsetzen und die letzte Progressionsstufe mit ihren unanständig hohen 55 % endgültig gestrichen wird. Es braucht Anreize für Unternehmen, die sich mit Eigenkapital für Wachstum und/oder schlechte Zeiten rüsten. Um Leistung wieder attraktiver zu machen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, braucht es überdies einen Vollzeitbonus und Steuerfreiheit auf Überstunden. Die Zwangsbeiträge und die völlig aus der Zeit gefallene Kammerumlage 2 sind nur ein Punkt einer umfassenden Senkung der Lohnnebenkosten.

Entlastet werden müssen Österreichs Unternehmen aber auch von einem überbordenden Bürokratismus. Kein Mensch sieht ein, wieso Eingaben und Anträge, die anderswo auf der Welt innerhalb von Minuten digital erledigt werden können, in Österreich immer noch persönlich und analog eingebracht werden müssen. In Neuseeland kann ein Unternehmen elektronisch innerhalb eines einzigen Tages gegründet werden, in Österreich sind dafür im Schnitt 21 Tage nötig.

Zudem kommt: In vielen Bereichen werden Selbstständige gegenüber Nicht-Selbstständigen auf eine absolut unzulässige Weise benachteiligt. So ist es etwa für Unternehmer:innen viel schwieriger, Arbeit und Familie miteinander zu vereinbaren, weil Unterstützungsleistungen, die bei Unselbstständigen absoluter Standard sind, Selbstständigen nicht zustehen.

UNOS fordern daher neben dem Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen ein Kinderbetreuungsgeld-System für Selbstständige. Für den Hochlauf dieses Systems kann ein Teil jener zwei Milliarden genutzt werden, die die Wirtschaftskammer derzeit als Rücklage ungenützt liegen lässt. Um jungen Paaren den Zugang zum Unternehmer:innentum zu erleichtern, fordern wir auch eine Anhebung des steuerlichen Absetzbetrags für Kinderbetreuung.

Die Wirtschaftskammer in ihrer derzeitigen Form ist Teil des Problems und nicht der Lösung. Statt Zwangsmitgliedschaft, absurd hohen Beiträgen und rund 4.000 Funktionär:innen bis hinunter auf die Bezirksebene will UNOS daher eine völlig neue, freiwillige, serviceorientierte Interessensvertretung – eine echte Unternehmer:innen-Kammer, die ihren Mitgliedern Rechenschaft über ihr Tun abgibt. Die heutige Wirtschaftskammer macht das nicht. Stattdessen sitzt sie auf einem Rücklagenberg von rund zwei Milliarden Euro, den sie lieber für Funktionärspensionen in fünfstelliger Höhe verwendet als für ihre Mitglieder.

Unser Ziel ist ein modernes, liberales und diskriminierungsfreies Unternehmertum. Die Zeit ist reif, um auch in Österreich die Bedingungen dafür zu schaffen!

SOWAS VON ENTLASTET

Die Steuer- und Abgabenquote liegt in Österreich bei 43,6 % (Prognose 2024 und 2025). Das bedeutet: 43,6 % des österreichischen Bruttoinlandsprodukts werden für Steuern, Sozialversicherungsabgaben und sonstige Gebühren verwendet. Damit hat Österreich die dritthöchste Abgabenquote europaweit. Die seit mehr als zehn Jahren von der ÖVP geführten Regierungen versprechen zwar eine Senkung der Abgabenquote auf unter 40 %, haben aber bislang nichts getan, um dieses Versprechen einzulösen. Im Gegenteil: Aktuell steigt die Steuer- und Abgabenquote sogar wieder!
Die Regeln für Steuern und Abgaben sind in Österreich kompliziert und oft widersprüchlich. Für Unternehmer:innen bedeutet das, dass sie viel Zeit dafür aufwenden müssen. Zeit, die ihnen zur Betreuung ihrer Kunden und zur Schaffung von Innovationen fehlt.
UNOS fordern daher eine deutliche Entlastung für Unternehmen in Österreich!

PROBLEME

Die Steuer- und Abgabenquote ist in Österreich mit 43,6 % viel zu hoch. In den EU-27-Ländern liegt sie im Durchschnitt bei 40,7 % (2024)

Durch den demografischen Wandel und den Trend zur Teilzeit fehlen Arbeitskräfte. Unser aktuelles Steuersystem belohnt jene, die weniger arbeiten.

Es fehlt an Bewusstsein darüber, was ein Arbeitnehmer kostet und dass jeder Euro, der an Mitarbeiter:innen ausbezahlt wird, erst verdient werden muss.

Österreich verliert an Wettbewerbsfähigkeit und ein wesentlicher Faktor dafür ist die Innovationskraft. Doch dafür fehlt Unternehmen oft das Geld.

LÖSUNG

Unternehmen entlasten: Die Einkommensteuer reformieren und die Lohnnebenkosten um ein Viertel senken – z.B. durch Streichung der KU2.

Ein Maßnahmenpaket für mehr Arbeitsleistung: Vollzeitbonus, gänzliche Abgaben- und Steuerfreistellung von Überstunden und Anreize für das Arbeiten im Alter.

Ein verpflichtender Brutto-Brutto-Lohnzettel auf dem alle Abgaben, die Arbeitgeber:innen für ihre Arbeitnehmer:innen leisten müssen, angeführt werden.

Nicht entnommene Gewinne von der Körperschafts- bzw. Einkommensteuer befreien und damit Innovation und Wachstum ankurbeln.

STEUERN JETZT SENKEN

13 Punkte für ein Land der #Unternehmensfreude.

Wir finden: Ein Land, in dem Unternehmer:innen ihre Steuererklärungen und ihre Lohnverrechnung nicht selbst machen können, weil die Materie so verworren ist, hat ein Problem. Daher haben wir 13 Punkte für ein Land mit mehr #Unternehmensfreude erarbeitet:

1 Streichung der Kammerumlage 2 (KU2): Die KU2 wurde im Jahr 1979 als vorübergehende Unterstützungsmaßnahme für bedürftige Kleinstunternehmer:innen eingeführt. Mittlerweile sind es jedoch die Kleinstunternehmen, die hauptsächlich unter den Auswirkungen der Kammerumlage 2 leiden, die seit 45 Jahren die Geldspeicher der Wirtschaftskammer füllt. Sie gehört endlich abgeschafft!

2 Senkung der Lohnnebenkosten um 25%: Durch die Streichung aller nicht arbeitnehmer:innenbezogenen Abgaben wie Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds oder Kammerumlage 2 können erhebliche Entlastungen erzielt werden. Damit schaffen wir Spielraum für höhere Löhne und Gehälter. Dort wo nötig, sollen die Kosten in das allgemeine Budget übergeführt werden.

3 Reform der Einkommensteuer: Die Einkommensteuerbelastung ist in Österreich zu einem Leistungshemmer geworden. Damit der berühmte Spruch „Leistung muss sich wieder lohnen“ auch Wahrheitsgehalt gewinnt, fordern wir eine deutliche Tarifreform, in der die mittleren und oberen Steuerstufen signifikant später einsetzen und eine ersatzlose Streichung der 55 %-Progressionsstufe.

UNOS machen Politik für mehr finanziellen Spielraum.

4 Vollzeitbonus und Steuerfreiheit auf Überstunden: Österreichs Unternehmen brauchen jede Arbeitsstunde, die sie bekommen können, um dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Wir brauchen daher eine sinnvolle Kombination von mehreren Maßnahmen, um die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden insgesamt zu erhöhen. Aktuell begünstigt das Steuersystem Teilzeitarbeit; wir wollen dem einen Vollzeitbonus von 1.400 Euro pro Jahr entgegensetzen. Ziel muss es auch sein, die Freude an Mehrleistung zu fördern. Deshalb sollten Überstunden gänzlich abgaben- und steuerfrei gestellt werden – ohne Obergrenzen.

5 Gesundheitsförderung für Mitarbeiter:innen: Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit von Mitarbeiter:innen gehören steuerlich entlastet. Wenn ein Unternehmen zum Beispiel die Kosten für das Fitnesscenter von Mitarbeiter:innen übernimmt, so soll dieser Betrag vom Sachbezug ausgenommen werden.

6 Anpassung der Luxustangente – Gleichstellung für E-Fahrzeuge: Es ist schon per se verwunderlich, dass der Gesetzgeber festlegt, was betriebsnotwendig ist und was Luxus. Dass die Höhe der Luxustangente aber seit 2005 nicht mehr angepasst wurde, ist zumindest unverständlich. Kumuliert hat dies zu einem Kaufkraftverlust von fast 40 % (!) geführt. Oder die heutigen 40.000 Euro waren 2005 nur 24.000 Euro wert. Damit ist zum Beispiel jeder VW Passat ein Luxusfahrzeug im Auge der Finanz. Ebenfalls verwunderlich, dass der Regulator zwar die Vorsteuerabzugsfähigkeit für Elektrofahrzeuge regelt, dann für die Luxustangente aber die Nettopreise heranzieht. Daher fordern wir, dass die Luxustangente auf 60.000 Euro angehoben wird und diese Grenze auch für die Nettokosten von E-Fahrzeugen gelten soll.

„Wenn ich mehr als 40 % Steuern zahlen muss, ist das einfach zu viel."

MICHI BERNHARD

GF und Miteigentümer Contact Center, UNOS-Bundessprecher

7 Verpflichtender Brutto-Brutto-Lohnzettel: Die Mitarbeiter:innen sollen wissen, wie viel sie das Unternehmen kosten und wie viel von diesem Geld der Staat einbehält. Denn der Kampf um mehr Netto vom Brutto ist ein Thema, das Unternehmer:innen und ihre Mitarbeiter:innen gleichermaßen betrifft. Daher fordern wir einen verpflichtenden Brutto-Brutto-Lohnzettel.

8 Steuerfreistellung aller nicht entnommenen Gewinne: Wir fordern einen starken Anreiz, damit alle Unternehmen ihr Wachstum, ihre Innovationskraft und ihre Krisenfestigkeit erhöhen können. Nicht entnommene Gewinne, die dem Unternehmen als Eigenkapital zur Verfügung stehen, sollen daher von der Körperschaftssteuer beziehungsweise Einkommensteuer ausgenommen werden.

9 Benachteiligung von Einzelunternehmen abschaffen: Einzelunternehmen werden in Österreich in vielen Punkten steuerlich signifikant benachteiligt. Dabei bilden sie das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Als ersten Schritt fordern wir eine steuer- und abgabenrechtliche Gleichstellung von Einzelunternehmen mit Kapitalgesellschaften.

10 Arbeit über das Pensionsantrittsalter hinaus aufwerten: Wie den Vollzeitbonus und die Überstundenaufwertung sehen wir auch Arbeit über das gesetzliche Pensionsalter hinaus als einen wichtigen Hebel, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Wer über das gesetzliche Pensionsantrittsalter hinaus arbeitet, soll daher keinerlei Beiträge zur Pensionsversicherung mehr leisten müssen und einen spürbaren jährlichen steuerlichen Absetzbetrag erhalten.

11 Steuerrecht und Lohnverrechnung entrümpeln: Nur wenige Länder haben ein derart kompliziertes und widersprüchliches Steuerrecht wie Österreich, bei der Lohnverrechnung ist es ähnlich. Wir fordern daher eine Kommission, die unter Führung der Wirtschaftskammer bis Ende 2025 einen Vorschlag erarbeitet, wie eine umfassende Vereinfachung aussehen kann. Wir wollen Steuererklärungen und Lohnverrechnung so reformieren, dass wirklich jede:r Unternehmer:in sie selbst machen kann.

12 Ein Abgabenkonto für alles: Unternehmer:innen zahlen in Österreich Steuern, Abgaben und Umlagen auf bis zu sechs verschiedene Konten und das auch noch in einem unterschiedlichen Rhythmus. Wir wollen Unternehmer:innen von dieser sinnlosen Komplexität befreien und ein One-Stop-Payment System einführen: Alle Abgaben werden einmal pro Monat am selben Tag fällig und werden in einem Betrag auf ein Konto eingezahlt. Die Betragszuteilung an die einzelnen Stellen macht die Steuerverwaltung.

13 Erstmitarbeiter-Service einführen: Die Wirtschaftskammer soll für jedes Unternehmen ein Jahr ab der Einstellung der ersten Mitarbeiter:in deren Lohnverrechnung abwickeln. Damit wird es Unternehmer:innen leichter gemacht, ihre erste Mitarbeiter:in einzustellen. Das fördert nicht nur Wachstum, sondern auch das Entstehen von neuen Arbeitsplätzen.

Schon gewusst?

- In Österreich liegt die Abgabenquote bei 43,6 %.
- Die Kammerumlage 2 wurde im Jahr 1979 als vorübergehende Maßnahme eingeführt.
- Unternehmer:innen müssen ihre Abgaben an bis zu sechs verschiedene Stellen überweisen.

SOWAS VON UNTER-NEHMERISCH

Geht es um Bürokratie, ist Österreich Weltmeister. Nur in vier Ländern Europas dauern zum Beispiel die Formalitäten für die Gründung eines Unternehmens noch länger. Auch im Steuerwesen, bei Kreditvergaben und bei Insolvenzabwicklungen sind in Österreich die bürokratischen Hürden verglichen mit anderen europäischen Ländern besonders hoch. Der Föderalismus mit seinen unzähligen bundesländerspezifischen, meist völlig unnötigen Regelungen macht den Bürokratiedschungel noch dichter. Die Wirtschaftskammer in ihrer aktuellen Form bekämpft diese Situation nicht – weil sie selbst ein künstlich aufgeblasenes Konstrukt ist, in dem keine Unternehmensfreunde, sondern Bürokraten das Sagen haben. Übrigens: 21 Tage braucht es im Schnitt in Österreich, um alle Formalitäten für eine Unternehmensgründung zu erledigen, in Neuseeland gehen Unternehmensgründungen elektronisch innerhalb eines einzigen Tages.

PROBLEME

Der Föderalismus bremst uns aus. Unterschiedliche Vorschriften in den Bundesländern sind oft völlig sinnlos und sorgen bei den Unternehmen für Mehraufwand.

Wir liegen bei der Gründungsquote in Europa auf dem letzten Platz. Es dauert zu lange ein Unternehmen zu gründen und es ist zu aufwendig.

Die Ladenöffnungszeiten hindern vor allem kleine und mittlere Handelsunternehmen am Wochenende und zu Tagesrandzeiten Geld zu verdienen.

Betriebsstätten, die schon länger bestehen, bekommen Probleme, weil es Beschwerden aus neu errichteten Wohnbauten in der Nachbarschaft gibt.

LÖSUNG

Länderregelungen im unternehmerischen Bereich vereinheitlichen oder gleich auf der Bundesebene ansiedeln.

Unternehmensgründung per One-Stop-Shop innerhalb von 24 Stunden ermöglichen. Den Prozess vereinfachen und vollständig digitalisieren.

Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Die Unternehmen selbst wissen am besten, wann sie für ihre Kunden da sein müssen.

Reform des Betriebsanlagenrechts, damit bestehende Betriebe weiter existieren können. Es muss berücksichtigt werden, wer zuerst ansässig war.

VON 1.000 REGELN BEFREIEN

Durch Bürokratieabbau Unternehmen stärker machen.

Bürokratie entmutigt auch jene, die gern gründen würden, aber keine Lust auf endlosen Papierkram und ermüdende Amtstermine haben. Die Statistik zeigt das überdeutlich. Bei den Gründungsquoten liegt Österreich im europäischen Vergleich auf dem letzten Platz. Nach der Gründung finden Jungunternehmer:innen ebenfalls ein schwieriges Umfeld vor: Zu bürokratischen Hürden gesellen sich aufgrund des schwachen Kapitalmarkts Schwierigkeiten, das Wachstum zu finanzieren. Denn auch hier reguliert Österreich mehr, als nötig wäre. Zugleich versucht der Staat strukturelle Probleme durch noch mehr Ausgaben und noch mehr Vorschriften zu lösen, anstatt eine grundlegende Verwaltungsreform anzugehen.

UNOS wollen echte Entlastung für Unternehmer:innen erreichen. Dafür haben wir 14 Vorschläge ausgearbeitet:

1 Entrümpelung der Gewerbeordnung: Wir wollen den Zugang zum Gewerbe entbürokratisieren und die Zahl der reglementierten Gewerbe radikal senken. Reglementierte Gewerbe soll es nur noch dort geben, wo bei fehlenden Kenntnissen Gefahr für Leib und Leben der Kunden droht. Das ist vielleicht in 30 der aktuell 75 reglementierten Bereiche der Fall. Ein Unternehmensberater, ein Buchbinder oder eine Floristin können ihren Kunden vielleicht den letzten Nerv rauben, das Leben kosten aber kaum.

2 Bundesländer-Regelungen vereinheitlichen: Offensichtlich hat sich die Tatsache noch nicht überall herumgesprochen, doch Unternehmen funktionieren in Enns und St. Valentin überraschend ähnlich. Nur weil der eine Ort in Oberösterreich liegt und der andere in Niederösterreich, besteht kein Grund, sie

mit unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Regelungen zu beglücken. Wir fordern daher, dass Länderregelungen im unternehmerischen Bereich vereinheitlicht oder gleich auf der Bundesebene angesiedelt werden.

3 Gründungsturbo und Turbogründung: In manchen Staaten, etwa in Neuseeland, kann ein Unternehmen innerhalb von 24 Stunden gegründet werden. Möglich ist das durch zwei Faktoren: Der Prozess ist extrem einfach und läuft digital in einem One-Stop-Shop-Verfahren ab. Das sollte auch in Österreich möglich sein. Derzeit dauert es hierzulande durchschnittlich 21 Tage, bis gegründet werden kann, Eingaben dafür sind an bis zu acht unterschiedlichen Stellen zu machen.

4 Meldepflichten massiv vereinfachen: Mit digitalen öffentlichen Registern können die Meldepflichten für Unternehmen sofort massiv reduziert werden. Heute müssen Unternehmen die gleichen Angaben oft mehrmals an verschiedenen Stellen machen. Sie müssen zum Beispiel den Nachweis der wirtschaftlichen Eigentümer erbringen, der im entsprechenden Register, dem Register der wirtschaftlichen Eigentümer (WiEReG) eingetragen wird. Banken, die diese Angaben für ihre Know-Your-Customer-Überprüfungen (KYC) brauchen, dürfen sich jedoch nicht auf die Angaben des WiEReG verlassen und müssen sie noch einmal gesondert abfragen. Ähnlich widersinnig ist es bei Firmenbuchauszügen: Behörden verlangen von Unternehmen im Zuge unterschiedlichster Verfahren Firmenbuchauszüge, obwohl es technisch möglich wäre, dass sie sich diese Auszüge selbst aus dem Register holen. Um solche ressourcenraubenden Doppelgleisigkeiten abzustellen, muss es einen weitgehend uneingeschränkten, digitalen und kostenlosen Registerzugang geben.

5 Sprachnachweis in der Rot-Weiß-Rot-Karte abschaffen: Die Rot-Weiß-Rot-Karte ist ein sehr gutes Instrument, um dem Fachkräftemangel am österreichischen Arbeitsmarkt entgegenzuwirken. Leider gibt es auch dabei unnötige bürokratische Hürden, etwa den Zwang zum Nachweis von Sprachkenntnissen. Unternehmer:innen sollten selbst entscheiden können, welches Ausmaß von Sprachkenntnissen sie für einen bestimmten Job als notwendig erachten und ihre Mitarbeiter:innen danach aussuchen dürfen.

6 Pflicht zur Arbeitszeitaufzeichnung lockern: In einer Welt, in der die Arbeitszeiten zunehmend flexibel werden, muss es die Möglichkeit geben, auf Vertrauen, statt auf bürokratische Aufzeichnungspflichten zu setzen. Wir fordern daher, dass im Angestelltenbereich bei einer Zustimmung sowohl des Arbeitgebers als auch des Arbeitnehmers ein Verzicht auf die Arbeitszeitaufzeichnung vereinbart werden kann.

> **„Für Erfolg und Ideen brauchen wir mehr Freiheit."**
>
> MARKUS HOFER
>
> Finanzexperte und Start-up-Gründer, UNOS-Bundessprecher-Stellvertreter

7 DGVO-Auflagen im B2B-Sektor abschaffen: Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verfolgt den nachvollziehbaren Zweck, personenbezogene Daten von Privatpersonen zu schützen. Durch die Anwendung der DSGVO auch auf die Kommunikation zwischen Unternehmen, also im B2B-Bereich, entsteht den Unternehmen hingegen ein gigantischer Mehraufwand, dem keinerlei Nutzen gegenübersteht. Wir fordern daher, dass die Wirtschaftskammer sich auf europäischer Ebene einsetzen soll, den Anwendungsbereich der DSGVO ausschließlich auf die Kommunikation zwischen Unternehmen und Privatpersonen einzuschränken.

8 Lieferkettengesetz außer Kraft setzen: Der „Act on Corporate Due Diligence Obligations in Supply Chains" – aka Lieferkettengesetz – ist ein krasses Beispiel europäischer Überregulierung und einer Regelung, die genau jene Unternehmen, die angeblich geschützt werden sollen aus dem Markt drängt. Das Lieferkettengesetz erdrückt nicht nur die „großen" Unternehmen, die im direkten Anwendungsbereich sind, sondern gefährdet aufgrund der überbordenden Berichtspflichten auch viele Klein- und Mittelbetriebe. Wir fordern daher, dass die Wirtschaftskammer sich auf europäischer Ebene einsetzen soll, das Lieferkettengesetz ersatzlos außer Kraft zu setzen.

UNOS machen Politik für mehr unternehmerische Freiheit.

9 Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten: Mit den aktuellen Einschränkungen und Reglementierungen wird vor allem kleinen und mittleren Handelsunternehmen die Chance genommen, am Wochenende und zu Tagesrandzeiten jene Umsätze zu machen, die sie für den wirtschaftlichen Erfolg brauchen. Liberalisierte Öffnungszeiten stehen nicht im Widerspruch zum Schutz der Arbeitnehmerrechte, vielfach können sie einen Job sogar attraktiver machen, weil sie eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Sie bringen auch mehr Kundenorientierung, denn nicht Behörden, sondern die Unternehmen selbst wissen am besten, wann sie für ihre Kunden da sein müssen.

10 Reform des Betriebsanlagenrechts: Das Betriebsanlagenrecht sieht eine sehr starke Berücksichtigung diverser Schutzinteressen vor. Zu diesen Interessen gehört nicht nur die Gesundheit von Kund:innen und Mitarbeiter:innen, sondern auch der Schutz der Nachbarn vor Belästigungen, etwa durch Geruch oder Lärm. Vor allem bei bereits bestehenden Betriebsstätten, etwa in der Gastronomie, führt der absolute Vorrang solcher Anrainerrechte dazu, dass Betriebsstätten oft zu hohen Kosten umgebaut werden müssen, obwohl sie zuvor jahrelang unbeanstandet blieben. Um solche Absurditäten zu verhindern, sollte das Betriebsanlagenrecht dementsprechend reformiert werden.

11 Besserer Zugang zu öffentlichen Vergaben: In der aktuellen Vergabepraxis werden kleinere Unternehmen oft benachteiligt. Zum einen wird sehr oft auf die Möglichkeit einer kleinteiligen Vergabe verzichtet, wodurch sehr große Gesamtlose entstehen, für deren Bewältigung kleinere Unternehmen nicht die nötigen Ressourcen besitzen. Zum anderen können diese Unternehmen oft auch nicht die geforderten Vorprojekte vorweisen und werden dadurch von der Vergabe ausgeschlossen. Auch Außenstände beim Finanzamt und der Sozialversicherung sind ein Ausschließungsgrund. Wir finden: Vor allem bei kleineren Losen sollte es mehr Flexibilität geben. Damit wäre gewährleistet, dass die öffentliche Hand nicht immer an dieselben Unternehmen vergibt und so mehr Wettbewerb in die Materie kommt. Mehr Wettbewerb bei Vergaben würde nicht zuletzt auch zu einer Entlastung der öffentlichen Finanzen führen.

12 Die „RESET"-Taste bei Kollektivverträgen drücken: Viele, ja die meisten, Kollektivverträge sind über die Jahrzehnte nächtlicher Verhandlungen zu unübersichtlichen, kaum verständlichen Konvoluten von zum Teil über 100 Seiten geworden. Unternehmen haben keine Rechtssicherheit, weil sie oft ohne das Wissen weniger Experten, die eigenen Kollektivverträge nicht mehr verstehen. Nützen wir die Gelegenheit, drücken die „Reset"-Taste und schreiben alle Kollektivverträge auf einem weißen Blatt Papier neu.

13 Serviceorientierte Verwaltungsbehörden und strenges „one-in / one-out" Prinzip: Immer noch finden sich Unternehmer:innen bei Kontakten mit Behörden in die Bittsteller-Rolle gedrängt. Oder sie treffen zwar auf engagierte Beamt:innen, die aber derart überlastet sind, dass selbst die Erledigung von einfachsten Eingaben Tage, manchmal auch Wochen oder Monate dauert. Wir wollen stattdessen Behörden, die sich als Servicestellen verstehen und dementsprechend handeln. Daher fordern wir auch, dass bei allen Regelungen, die den unternehmerischen Bereich betreffen (Gesetze, Verordnungen, ...) ab der nun neuen Legislaturperiode ein strenges „one-in / one-out" Prinzip die Anwendung findet.

14 Schulfach Entrepreneurship: „Ich lerne Unternehmer:in!" Die unzähligen bürokratischen Absurditäten, mit denen Österreich zu kämpfen hat, konnten sich nicht zuletzt deshalb etablieren, weil unternehmerisches Denken bei vielen öffentlichen Entscheidern nicht verankert. Damit Österreich in Zukunft auf diesem Feld besser aufgestellt ist, fordern wir die Einführung des Schulfachs Entrepreneurship. Österreichs Schüler:innen sollen von sich sagen können: Ich lerne Unternehmertum!

Schon gewusst?

- In Österreich braucht man im Schnitt 21 Tage für eine Unternehmensgründung, in Neuseeland nur einen Tag.
- Bei der Anzahl der Unternehmensgründungen pro 1.000 Einwohner ist Österreich das Schlusslicht in Europa.

SOWAS VON ZUKUNFTSFIT

Österreichs Unternehmen haben die Möglichkeiten, die Digitalisierung ihnen bietet, längst erkannt. Dafür brauchen sie aber auch entsprechende Rahmenbedingungen: flächendeckenden Zugang zu digitaler Hochleistungsinfrastruktur und ein Bildungssystem, das die Arbeitskräfte von morgen auf digitales Arbeiten vorbereitet und lebenslanges Lernen fördert. Diese Maßnahmen werden viel zu langsam umgesetzt.
Lange Zeit galt Österreich im internationalen Vergleich trotz hoher Kosten und bürokratischer Hürden als ein ausgezeichneter Standort mit hochqualifizierten Mitarbeiter:innen und sicherer Infrastruktur. Doch diese Zeiten sind vorbei. Der Standort droht, international abgehängt zu werden. Die Mängel umfassen die digitale Infrastruktur (Glasfaserausbau), die Energieinfrastruktur (Netzausbau), aber auch die konventionelle Infrastruktur wie Bahn- und Straßenverbindungen.

PROBLEME

Österreich verliert an Wettbewerbsfähigkeit. Ein Grund dafür ist der zu langsame Ausbau digitaler Hochleistungsinfrasturktur.

Zettelwirtschaft bei Amtswegen für Unternehmer:innen. Viele Eingaben bei Behörden sind nach wie vor nur analog möglich.

Cyberkriminalität greift immer mehr um sich und bedroht Unternehmen in Österreich, unabhängig von ihrer Größe.

Die hohen Energiekosten stellen einen erheblichen Wettbewerbsnachteil für heimische Unternehmen dar.

LÖSUNG

Flächendeckender Ausbau von Glasfaserleitungen und 5G Mobilnetz. Sie sind das Backbone der Digitalisierung.

Ohne Wenn und Aber: schnelle, professionelle und umfassende Digitalisierung der Verwaltung in Österreich.

Versicherungsverein gegen digitale Raubritter und Förderung von Versicherungsbausteinen gegen Cyberkriminalität.

Solange die Energieinflation anhält, muss es für die Unternehmen eine Kompensation der hohen Energiekosten geben.

DIE CHANCE NUTZEN

Basis für die Geschäftsmodelle des 21. Jahrhunderts schaffen.

Ziel muss es sein, mit Hochleistungsinfrastruktur unternehmerische Aktivitäten im städtischen, wie auch im ländlichen Raum zu ermöglichen und zu fördern und eine Planbarkeit und Energiesicherheit über die nächsten 15 Jahre zu geben, wo eine dekarbonisierte Wirtschaft das unverrückbare Ziel ist und gleichzeitig ein guter Mix aus nachhaltigen und fossilen Energieträgern den Weg dorthin ebnet. Ein Weg, auf welchem privates Unternehmertum und Innovation wesentliche Elemente und Treiber sind.

Hier sind unsere 10 Ideen für ein zukunftsfittes Land der #Unternehmensfreude:

1 Ausbau der digitalen Infrastruktur: Unternehmen können noch so gute digitale Geschäftsmodelle haben, fehlt es an der dazu passenden Infrastruktur, werden sie ihre Ideen nicht umsetzen können. Damit wir den digitalen Anschluss nicht verlieren, müssen Glasfaserleitungen und 5G Mobilnetz möglichst flächendeckend ausgerollt werden. Denn sie fungieren als Backbone der Digitalisierung.

2 Umfassende Digitalisierung der Verwaltung: Es ist absurd, dass im Österreich des 21. Jahrhunderts viele Eingaben bei Behörden nach wie vor nur analog möglich sind. Das verlangsamt die ohnehin schon schleppenden Amtswege, sei es bei der Einholung von Genehmigungen, bei Firmengründungen oder, wenn es darum geht, wichtige Auskünfte zu bekommen. Wir fordern eine schnelle, umfassende und professionell aufgesetzte Verwaltungsdigitalisierung.

UNOS machen Politik für die Wirtschaft der Zukunft.

3 Expertise- und Austauschplattform gegen Cyberkriminalität: Dänemark zeigt vor, wie es geht. Dort existiert eine Expertise- und Austauschplattform gegen Cyberkriminalität, auf der Geschädigte vertraulich und anonym über Cyberangriffe und die dann ergriffenen Abwehrmaßnahmen berichten können. Damit entsteht eine Ressource von unschätzbarem Wert, die es anderen Unternehmen ermöglicht, sich über die aktuelle Gefahrenlage ein Bild zu machen und im Falle eines Angriffs in Austausch mit Experten zu treten. Eine neue Unternehmer:innenkammer, wie UNOS sie fordern, muss den Aufbau einer solchen Plattform in Angriff nehmen.

4 Effektiver Schutz des geistigen Eigentums: Eine der größten Herausforderungen, die im Zusammenhang mit Digitalisierung bewältigt werden muss, ist der Schutz von geistigem Eigentum. Ein zukunftsfitter Standort braucht dafür ein gut funktionierendes Regelwerk. Europa hat ein solches Regelwerk nach wie vor nicht. UNOS fordern daher eine rasche, zukunfts- und innovationsfreundliche Regulierung des KI-Bereichs auf EU-Ebene, die die unternehmerischen und gesellschaftlichen Chancen in den Mittelpunkt stellt.

5 Versicherungsverein gegen digitale Raubritter sowie Förderung von Versicherungsbausteinen gegen Cyberkriminalität: Der Kampf gegen Cyberkriminalität kann am besten gemeinsam und koordiniert gelingen. Wir setzen uns daher für die Errichtung einer „Hanse gegen digitales Raubrittertum" ein, einen Verein, dessen Mitglieder sich verpflichten, keine Schutzgelder zu bezahlen, dafür aber einander auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit Versicherungsschutz zu bieten. Die überbordenden Reserven der Wirtschaftskammer könnten sehr gut für die Errichtung eines solchen Vereins eingesetzt werden.

6 Wettbewerbsfähige Energiekosten: Die grüne Transformation der österreichischen und europäischen Wirtschaft ist unverzichtbar und stellt eine mächtige Chance dar. Kurz- und mittelfristig bedeuten die durch die grüne Energietransformation und den Krieg in der Ukraine bedingten hohen Energiekosten aber einen beträchtlichen Wettbewerbsnachteil. Solange die Energieinflation anhält, muss es für die Unternehmen daher eine Kompensation dieser Kosten geben. Das ist umso notwendiger, da die Regelungen des Stromkostenausgleichsgesetzes (SAG) auslaufen. Sobald die gelungene Energietransformation für wettbewerbsfähige Energiepreise sorgt, kann auf Kompensationen verzichtet werden.

„Für großartige Leistungen brauchen wir großartige Infrastruktur."

JÜRGEN MARGETICH

Unternehmensberater, UNOS-Vorstandsmitglied

7 Green Hydrogen-Plan bis Ende 2025: Energieintensive Sparten von Gewerbe und Industrie brauchen klare Rahmenbedingungen, die ihnen einen Ausstieg aus fossiler Energie bis 2040 ermöglichen. Dort, wo Elektrifizierung aus technischen Gründen nicht möglich ist, muss beim Ausstieg grüner Wasserstoff zum Einsatz kommen. Die Produktion von grünem Wasserstoff aus erneuerbaren Energien verlangt allerdings einen großen logistischen und infrastrukturellen Aufwand, auch deshalb, weil die benötigten Mengen weder ausschließlich in Österreich noch ausschließlich in Europa hergestellt werden können. Um dieser Herausforderung begegnen zu können und nicht noch mehr Zeit zu verlieren, braucht Österreich dringend einen Green-Hydrogen-Plan bis spätestens Ende 2025.

8 Netzausbau: Fehlende Netzkapazitäten: bilden eines der größten Hindernisse bei der Transformation des Energiesystems. Wir fordern daher einen zügigen Ausbau sowohl der Netze selbst als auch der Möglichkeiten, erneuerbare Energie zu produzieren und ins Netz einzuspeisen. Für Widmungen, Anlagengenehmigungen und die Genehmigung von Anschlüssen muss es Fast-Track-Verfahren in einem One-Stop-Shop-System geben. Nur so wird es gelingen, ein starkes dezentrales Netz aufzubauen, das die grüne Transformation trägt und den Unternehmen Versorgungssicherheit bietet.

9 Bahn und Straße sinnvoll ausbauen: Bahn- und Straßenprojekte sind zu wichtig, um zum Gegenstand von ideologischen Grabenkämpfen zu werden. Der öffentliche Verkehr sowie der Güterverkehr auf der Schiene sind noch lange nicht auf dem Stand, der für ein zukunftsfittes Land nötig wäre. Durch den zu langsamen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und dem politisch motivierten Zurückhalten von Straßenprojekten wird Österreichs Infrastruktur und Wettbewerbsfähigkeit geschwächt. Wir fordern daher schnelle, nicht parteipolitisch motivierte Investitionsentscheidungen – auch im Interesse jener Unternehmen, die abseits der großen Städte angesiedelt sind und die zum Revival des Unternehmertums im ländlichen Raum beitragen.

10 Gesamtheitliches Mobilitätskonzept: Berücksichtigung der Kosten für Unternehmer:innen bei der Umsetzung von Mobilitätskonzepten (Rückbau von Straßen, Neubau von Straßen). Hier sind vor allem auch die Kosten der Unternehmen für längere Anfahrtszeiten, Staukosten und sonstige Kosten bei Umbauten mit den Wirtschaftsvertretern zu evaluieren.

11 Kritische Infrastruktur mit staatlicher Beteiligung – Dienstleistungsanbieter 100 % privatisieren: Für einen zukunftsfitten Standort die Anbieter kritischer Infrastruktur (Verkehrs- und Energieinfrastruktur) zumindest mit staatlicher Beteiligung zu belassen ist wichtig und in keinem Widerspruch zu einem offenen Wirtschaftsstandort. Bei den Dienstleistern (Telekom, Schienenverkehr, ...) sehen wir keinen Vorteil und keine Notwendigkeit der staatlichen Beteiligung und fordern einen vollständigen Privatisierungsplan.

Schon gewusst?

In Dänemark gibt es eine Expertise- und Austauschplattform gegen Cyberkriminalität, auf der Geschädigte vertraulich und anonym über Cyberangriffe und die dann ergriffenen Abwehrmaßnahmen berichten können. Unternehmen können sich dort mit Experten austauschen.

SOWAS VON VEREINBAR

Heute stehen Partner oft vor der Wahl: Wagen wir – gemeinsam oder jeder von uns – den Sprung in die Selbstständigkeit und verlassen den abgesicherten Weg der Unselbstständigkeit. UNOS als liberale Unternehmer:innenvertretung stehen für Selbstbestimmtheit und Leistungsanreize. Aber heute klafft eine so große Lücke zwischen der Welt zum Beispiel von Angestellten zu Unternehmer:innen, die zu viele von diesem Schritt abhält. Österreich soll sein volles unternehmerisches Potenzial ausschöpfen und dazu auch einen Schritt in Richtung unternehmerische Solidarität gehen.

PROBLEME

Nach der Geburt eines Kindes ist die Situation für Selbstständige anders als für Unselbstständige. Die aktuellen Regeln nehmen darauf aber keine Rücksicht.

Insbesondere in ländlichen Gebieten schließen die Kindergärten oft schon Mittags und es fehlt an qualitativ hochwertiger Nachmittagsbetreung.

Die Care-Arbeit wird vorwiegend von Frauen übernommen, die deshalb weniger Zeit haben, der Erwerbsarbeit nachzugehen.

Frauen sind als Gründerinnen in vielen Sparten unterrepräsentiert. Es mangelt an Role Models für erfolgreiche Unternehmer:innen.

LÖSUNG

Ein umfassendes Kinderbetreuungsgeld-System für Selbstständige, das als Versicherungsleistung konzipiert ist.

Flächendeckender Ausbau der ganzjährigen Kinderbetreuung, damit Eltern echte Wahlfreiheit haben und Arbeit und Familie besser verbinden können.

Höhere steuerliche Absetzbeträge für Kinderbetreuung und Hausarbeit, wenn beide Elternteile berufstätig sind sowie für Alleinerzieher:innen.

Von der Wirtschaftskammer finanzierter Stiftungslehrstuhl mit dem Fokus auf „female entrepreneurship".

FIRMEN, FRAUEN & FAMILIE

Reformen für ein Land der Familienunternehmen.

Unternehmertum und Familie sollen kein Widerspruch mehr sein. UNOS fordern daher 4 bedeutsame Reformen für ein Land der Familienunternehmen:

1 Kinderbetreuungsgeld für Unternehmer:innen – 500 Millionen Euro Rücklagen für Unternehmerinnen: Die fehlende soziale Absicherung von Unternehmerinnen – und auch selbstständigen Partnern - in der Zeit nach der Geburt eines Kindes ist einer der Hauptgründe, warum Frauen seltener und später als Männer gründen. Betriebshilfe und Wochengeld in ihrer derzeitigen Form reichen nicht aus, um an dieser Situation etwas zu ändern. UNOS fordern daher die Einführung eines umfassenden Kinderbetreuungsgeld-Systems für Selbstständige, das als Versicherungsleistung konzipiert ist und sich an das Kinderbetreuungsgeld für Unselbstständige anlehnt. Elternteile, die bereits vor der Geburt eines Kindes selbstständig waren, sollten daher Anspruch auf ein angemessenes Kinderbetreuungsgeld haben. Für den Hochlauf dieses Systems können 500 Millionen Euro aus den rund zwei Milliarden genutzt werden, die die Wirtschaftskammer derzeit als Rücklage ungenützt liegen lässt.

2 Ausbau der ganzjährigen Vollzeit-Kinderbetreuung: Ein großes Hindernis, das dem Unternehmerinnentum entgegensteht, ist die mangelnde Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen - vor allem mit solchen, die ganztägig und ganzjährig verfügbar sind. Für bis zu Fünfjährige gibt es österreichweit nur bei 60 % der verfügbaren Plätze eine ganz-

UNOS machen Politik für unternehmerische Familien.

tägige Betreuung. Ohne Wien, wo der Anteil solcher Plätze immerhin bei 90 % liegt, wäre der Schnitt noch viel schlechter. Ebenso, wenn man nicht nur die Plätze für die bis zu Fünfjährigen, sondern auch Plätze für Jugendliche bis zu fünfzehn Jahren mitberücksichtigt. Um Frauen im Speziellen und jungen Familien im Generellen die gleichen Chancen als Unternehmerinnen zu bieten, setzen wir uns für eine österreichweite Betreuungsoffensive ein. Mindestens 80 % aller Betreuungsplätze für Kinder und Jugendliche von drei bis fünfzehn Jahren sollen ganztägig sein und mindestens 47 Wochen im Jahr geöffnet bleiben.

3 Höhere Absetzbeträge für Betreuungspflichten: Wir finden: Um jungen Paaren den Zugang zum Unternehmer:innentum zu erleichtern, braucht es bessere steuerliche Regelungen für Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind bzw. für alleinerziehende Unternehmer:innen. Für diese Personengruppen soll der steuerliche Absetzbetrag für Kinderbetreuung von derzeit 2.300 Euro pro Jahr auf 12.000 Euro angehoben, die Altersgrenze der Kinder von derzeit zehn auf fünfzehn Jahre erhöht werden. Die gleichen Absetzbeträge soll es auch für die Pflege von Familienangehörigen geben, wobei hier eine Harmonisierung mit dem Pflegegeld nötig ist. Darüber hinaus fordern wir auch einen steuerlichen Absetzbetrag von 8.400 Euro pro Jahr, den Ehepaare und eingetragene Partnerschaften in Anspruch nehmen können, wenn beide Partner:innen arbeiten. Dieser Absetzbetrag soll die Aufwendungen für Hausarbeiten abgelten, nicht aber Reparaturen oder Anschaffungen.

„Unternehmertum und Familie dürfen sich nicht ausschließen."

MARINA STÜTZ

GF Schmuckhandelsunternehmen, UNOS-Vorstandsmitglied

4 Kinderbetreuungsgeld für Mandatar:innen: Nach wie vor sind Frauen in vielen Gremien und Interessensvertretungen unterrepräsentiert. Einen der Gründe dafür bilden Betreuungspflichten. Damit Familie und Engagement für die Interessen der Unternehmer:innen besser vereinbar werden, muss es für Mandatar:innen aus Familien mit betreuungspflichtigen Kindern bis fünfzehn Jahren eine Aufwandsentschädigung für Sitzungsteilnahmen geben. Pro Sitzung in Fachgruppen, Spartenkonferenzen oder Wirtschaftsparlamenten soll die Wirtschaftskammer Betreuungskosten von bis zu 20 Euro pro Betreuungsstunde und zusätzlich 20 Euro pro Sitzung abgelten.

Schon gewusst?

- Für bis zu Fünfjährige gibt es österreichweit nur bei 60 % der verfügbaren Kinderbetreuungsplätzen eine ganztägige Betreuung.
- Im Jahr 2023 wurde fast die Hälfte, nämlich 44,5 % , aller neuen Unternehmen in Österreich von Frauen gegründet.

SOWAS VON MACHERIN!

Österreich braucht mehr Female Entrepreneurship.

Frauen gründen vor allem im Dienstleistungssektor. In der Industrie liegt der Gründerinnen-Anteil gerade einmal bei 8 %. Auch in vielen anderen Sparten sind Frauen unterrepräsentiert. Das hat strukturelle Gründe – und muss sich ändern.

Frauen können Unternehmerinnentum, das große Geld machen sie aber (noch) nicht – die Fakten:

Im Jahr 2023 wurde fast die Hälfte, nämlich 44,5 % , aller neuen Einzelunternehmen von Frauen gegründet. Doch diese Gründungen liegen vor allem im finanziell schwierigen Dienstleistungssektor, finden häufig im Nebenerwerb statt und sind oft Kleingründungen. Die Fachgruppen mit dem höchsten Frauenanteil lauten dementsprechend wie folgt: Fußpfleger, Kosmetiker und Masseure (82,7 %), Direktvertrieb (81,1 %) sowie Mode und Bekleidungstechnik (79,7 %). Bei der zukunftsträchtigen Branche Information & Consulting liegt der Unternehmerinnen-Anteil hingegen bei nur 28 %; in der Industrie gerade einmal bei 8 %.

Für Frauen sind die Hürden am Weg in die Selbstständigkeit besonders groß – die Fakten:

Dass Frauen vorwiegend in Bereichen gründen, in denen die Einkommenschancen relativ schlecht sind, hat viele Gründe. Zum einen liegt das an den unterschiedlichen Ausbildungs- und Berufswahlpräferenzen von Frauen und Männern. Frauen ergreifen häufig Berufe, in denen es weniger Selbstständigkeit gibt und in denen das Skalieren von Geschäftsmodellen schwieriger ist. Das wirkt sich später auf ihre Chancen als Gründerinnen aus. Zudem haben Frauen ein höheres Risiko, ihre Unternehmerinnentätigkeit unterbrechen zu müssen, sei es wegen Schwangerschaft, sei es wegen Betreuungspflichten oder wegen der Pflege von Angehörigen. Deshalb gründen Frauen oft im Nebenerwerb. Obwohl Unternehmen von Frauen im Schnitt nachhaltiger sind als jene, die von Männern gegründet werden, nehmen Frauen zu Beginn ihrer Tätigkeit häufig auch zu wenig Fremdkapital auf, was die Wachstumschancen ebenfalls schmälert. Und schließlich verfügen Frauen nicht immer über die entsprechenden Netzwerke, auf die sie beim Aufbau ihres Unternehmens zurückgreifen können.

3 Reformen für ein Land der Macherinnen.
#sowasvonselbstbestimmt
Das will UNOS für Sie erreichen

1 Das Bildungssystem umdenken: Unternehmerinnen müssen als Vorbilder vor den Vorhang und auf die Bühne: Wir fordern von der Wirtschaftskammer die Finanzierung eines Stiftungslehrstuhls an einer österreichischen Universität oder Fachhochschule mit dem Fokus auf „female entrepreneurship" angelegt auf zumindest 10 Jahre.

2 Unternehmerinnen heben Unternehmerinnen die Flügel: Wir fordern von der Wirtschaftskammer Workshops und Programme, die in hoher Qualität Unternehmerinnen fördern. Das Ziel muss der tatsächliche Nutzen für Unternehmerinnen sein, wie zum Beispiel durch ein österreichweites Mentoringprogramm. Mentorinnen helfen nicht nur bei der Gründung und in den ersten Monaten, sie öffnen auch Zugang zu Netzwerken, welche oft noch immer männerdominiert sind. Um auch den systemischen Wandel voranzutreiben, sollen Reverse Mentoring Programme angeboten werden.

3 Chancen der Digitalisierung nützen: In Österreich sind heute 55 % aller Studienabgänger:innen Frauen. Damit gibt es unter Frauen eine große hochgebildete, topmotivierte und modernisierungsaffine Gruppe. Um gerade diesen Personen den Einstieg in das Unternehmerinnentum zu erleichtern, sollen auch die Chancen genützt werden, die die digitale Transformation dafür bietet. Alle bürokratischen Notwendigkeiten im Zusammenhang mit Unternehmertum sollten auf einfachem Weg digital erledigt werden können. Dafür ist umgehend die notwendige Infrastruktur zu errichten.

SOWAS VON VERTRETEN

In Österreich existiert in Wirklichkeit nicht nur eine Wirtschaftskammer – es gibt 10 selbstständige Wirtschaftskammern: einmal die Bundesorganisation und dazu 9 Bundesländerkammern. Doch damit nicht genug: Jede der mehr als 600 Fachorganisationen ist noch einmal ein eigenständiger Rechtskörper und diese eigenständigen Rechtskörper sind föderal auf alle Bundesländer verteilt. In Summe ergibt sich daraus eine gigantische Struktur mit nahezu 5.000 Mitarbeiter:innnen. Ein derart bürokratisch strukturierter Moloch ist zwangsläufig dysfunktional und viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, als dass er sich noch um die Anliegen seiner Mitglieder kümmern könnte.

PROBLEME

Die österreichischen Unternehmen sind zwangsweise Mitglied bei der Wirtschaftskammer, egal ob sie deren Leistungen benötigen oder nicht.

Die Wirtschaftskammer sitzt auf einem Rücklagenberg von rund 2 Milliarden Euro, der stetig durch die Beiträge der Zwangsmitgliedschaft gespeist wird.

Die Wirtschaftskammer ist mit ihrer Bundeskammer, 9 Länderkammern und mehr als 600 Fachorganisationen völlig überdimensioniert.

Umfassende Geheimhaltungspflichten im Kontrollausschuss der Wirtschaftskammer verhindern echte Transparenz.

LÖSUNG

Eine freiwillige Interessensvertretung, die effizient und servicestark als echte Unternehmer:innen-Kammer agiert.

Weitgehende Auflösung der Rücklagen und Verwendung für Projekte, die Österreichs Unternehmerlandschaft voranbringen, etwa für einen Start-Up-Fonds.

Die Landeswirtschaftskammern abschaffen, die Bezirksstellenstruktur straffen und die Anzahl der Fachorganisationen massiv reduzieren.

Die Wirtschaftskammer soll – wie ein großer Teil ihrer Mitgliedsunterenhmen – zu einem konsolidierten Jahresabschluss nach UGB verpflichtet werden.

EINE KAMMER FÜR ALLE

Machen wir die WK zu einer echten Unternehmer:innen-Vertretung.

Unser Ziel ist eine völlig andere, neue, schlanke und auf freiwilliger Mitgliedschaft basierende Unternehmer:innenkammer. Erst sie wird in der Lage sein, die Interessen der Unternehmer:innen jeden Tag in das Zentrum ihrer Arbeit zu rücken und so auch den Standort Österreich zu stärken.

Die Wirtschaftskammer, so wie wir sie heute kennen, hat keine ausreichende demokratische Legitimation und belastet mit hohen Zwangsabgaben die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Wirtschaft. Zugleich sitzt sie auf Rücklagen, die sich inzwischen auf rund 2 Milliarden Euro belaufen, bezahlt etlichen ehemaligen Funktionären Pensionen in fünfstelliger Höhe und gibt das Geld ihrer Mitglieder für fragwürdige PR-Aktionen aus. Die finanzielle Gebarung ist bewusst unübersichtlich und nicht nach den Rechnungslegungsvorschriften, welchen alle ihre Mitglieder unterworfen sind.

All das passiert ohne eine demokratische Legitimation. Denn die Wirtschaftskammer ist nicht nur eine Organisation, aus der man nicht austreten kann, was per se undemokratisch ist – auch die Wahl der kammerinternen Gremien ist unübersichtlich und noch dazu mit hohen Eintrittshürden versehen. Auch sie muss daher dringend reformiert werden.

Die Wahlbeteiligung von gerade einmal 33,7 % bei der letzten Wahl im Jahr 2020 zeigt sehr eindeutig, wie weit sich die Wirtschaftskammer inzwischen von der Realität der Unternehmen, die sie vertreten soll, entfernt hat.

UNOS wollen eine demokratische Wirtschaftskammer.

Das wollen UNOS für dich erreichen:

1 Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft: Die Zwangsmitgliedschaft steht in völligem Widerspruch zu einem offenen, unternehmerischen und zukunftsorientierten Denken. Die Wirtschaftskammer kassiert Beiträge von Unternehmen, die keine Möglichkeit haben, auf die Dienstleistungen der Kammer zu verzichten. Dementsprechend wenig Motivation hat die Kammerspitze auch, sich tatsächlich nach den Bedürfnissen der Mitglieder zu richten. Wir finden: Unternehmer:innen, die die Leistungen einer Unternehmer:innenkammer nicht gut finden oder sie einfach auch nicht in Anspruch nehmen möchten, sollten die Möglichkeit haben, darauf per Opting-Out zu verzichten.

2 Auf dem Weg dorthin: Wirtschaftskammer zukunftsfit machen: Die Wirtschaftskammer soll unter unternehmerischen Gesichtspunkten geführt werden durch Definition von Benchmarks. Konkrete wären z.B. die Reduktion von Mitarbeiter:innen und der Ausbau der kostenlosen Serviceleistungen für Unternehmen.

3 Abschaffung der Kammerumlage 2 und der mehrfachen Grundumlage: Die Pflichtmitgliedschaft in der Wirtschaftskammer geht mit hohen und schwer nachvollziehbaren Abgaben einher. Neben der sogenannten Kammerumlage, die jedes Zwangsmitglied zahlen muss, gibt es auch die Kammerumlage 2, die von der Höhe der ausgezahlten Bruttolöhne abhängig ist und die einen der vielen Faktoren darstellt, die in Österreich die Arbeitskosten in die Höhe treiben. Doch damit nicht genug: Zu bezahlen ist auch die Grundumlage, aus der die mehr als 600 Fachorganisationen finanziert werden. Hat ein Unternehmen das Pech, aufgrund seines Geschäftsmodells zwei Fachorganisationen anzugehören, zahlt es doppelt, bei drei dreifach. Wir fordern: Nicht nur die Pflichtmitgliedschaft, auch die Kammerumlage 2 und die mehrfache Grundumlage müssen weg. Allein mit der Abschaffung der Kammerumlage 2 könnten Österreichs Unternehmen um rund 440 Millionen Euro pro Jahr entlastet werden.

„Wir brauchen eine starke Interessensvertretung auf freiwilliger Basis."

Engin Alkan

Maßkonfektionär,
UNOS-Vorstandsmitglied

4 Auflösung der Rücklagen und sinnvolle Verwendung: Die Kammerfunktionäre berufen sich bei der Verteidigung der gigantischen Rücklagen, die die Wirtschaftskammer gebildet hat, auf die Haushaltsordnung. Sie besagt, dass Kammern für den Fall von Ertragsausfällen und außerordentlichen Ausgaben vorsorgen sollen. Zwischen Vorsorgen und mit Mitgliedsbeiträgen einen Geldspeicher anzulegen, besteht allerdings ein großer Unterschied. Deshalb fordern die UNOS eine weitgehende Auflösung der Rücklagen und die Verwendung der Gelder für Projekte, die Österreichs Unternehmerlandschaft voranbringen, etwa für einen Start-Up-Fonds.

5 Auflösung der Länderwirtschaftskammern, Straffung der Bezirksstellen und massive Reduzierung der Fachorganisationen: Dass ein kleines Land wie Österreich sich in vielen Bereichen das Zehnfache des eigentlich notwendigen Verwaltungsapparats leistet und in jedem Bundesland eigene Strukturen unterhält, ist schwer zu verstehen. Dass aber ausgerechnet eine Kammer, die die Interessen der Unternehmer:innen vertreten sollte, ebenfalls derart kostspielig agiert, ist ein Skandal. Ähnlich skandalös sind die 600 Fachgruppen innerhalb der Wirtschaftskammer. Denn so unterschiedlich ist, nur um ein Beispiel zu nennen, der „Handel mit Mode und Freizeitartikeln" (Fachgruppe 308) und der „Papier und Spielwarenhandel" (Fachgruppe 310) auch wieder nicht, dass die beiden Handelsarten eigene Organisationen brauchen würden. Um den Funktionärsapparat der Wirtschaftskammer zu verschlanken, fordern die UNOS daher die Auflösung der Länderorganisationen, eine signifikante Straffung der Bezirksstellen und dadurch eine massive Reduktion der Anzahl der Fachorganisationen auf maximal einhundert. Dies kann auch als Möglichkeit genutzt werden, um Bundesfachgruppen praxistauglich neu zu strukturieren (als Beispiel „freie Gewerbe").

6 Direktwahl der Wirtschaftskammerpräsident:in: Das Amt der Wirtschaftskammerpräsident:in muss entpolitisiert werden. Derzeit wird der/die Präsident:in vom Wirtschaftsparlament gewählt. Damit ist ihre Wahl sehr stark parteipolitisch geprägt. Die stärkste Fraktion kann in der Praxis jede Person wählen, die sie – aus welchen Gründen immer – für opportun hält. Ob der oder die Betreffende von den Mitgliedsbetrieben gewollt wird, und ob er bzw. sie deren Interessen unparteiisch und glaubwürdig vertritt, steht bei diesem Wahlmodus nicht zwingend im Vordergrund. Um die Wirtschaftskammer wieder näher an die Bedürfnisse der Mitglieder zu bringen und sie zu demokratisieren, fordern wir daher, dass ab 2030 die Wahl der Präsident:in nicht mehr durch das Wirtschaftsparlament, sondern direkt durch die Mitgliedsbetriebe erfolgt. Gleiches soll auch für die Wahl des Präsidiums gelten.

7 Vorbereitung einer E-Voting Möglichkeit bei der Wirtschaftskammerwahl 2030: Mit 33,7 % hat die Wahlbeteiligung bei den Wirtschaftskammerwahlen 2020 einen historischen Tiefpunkt erreicht. Je weniger Wirtschaftskammermitglieder sich an der Wahl beteiligen, desto schlechter legitimiert sind aber ihre Organe – und zwar nach innen wie nach außen. Um dem entgegenzuwirken, und die Wahl für alle Berechtigten einfacher und bequemer zu machen, fordern wir die Einführung von E-Voting ab den Wahlen 2030.

8 Transparenter Kontrollausschuss und konsolidierter Jahresabschluss nach UGB-Richtlinien: Eine Wirtschaftskammer, die sich aus den Beiträgen ihrer Mitglieder finanziert, ist zu besonderer Sorgfalt und Transparenz verpflichtet. Heute sind die Mitglieder des Kontrollausschusses einer sehr strengen Geheimhaltungspflicht unterworfen und so können Malversationen oder Verbesserungsvorschläge nicht mit der notwendigen Offenheit weiterverfolgt werden.

Die Darstellung der finanziellen Lage ist bewusst intransparent gelöst. Würde sich die Wirtschaftskammer nur einfach den verpflichteten Regelungen unterwerfen, die für ihre Mitgliedsunternehmen gelten, dann gäbe es einen konsolidierten Jahresabschluss nach UGB-Rechnungslegungsvorschriften. Dieses Mindestmaß an Transparenz fordern wir.

Schon gewusst?

- Die Wirtschaftskammer sitzt auf einem Rücklagenberg von rund 2 Milliarden Euro.
- Rund 5.000 Menschen arbeiten bei der Wirtschaftskammer.
- In der WKO gibt es mehr als 600 Fachorganisationen.

© UNOS/Günther Peroutka/Martina Draper

DEIN LIBERALES UNTERNEHMER:INNEN-NETZWERK

Wir laden dich zum Gedankenaustausch mit anderen liberal denkenden Unternehmer:innen und spannenden Speaker:innen aus Politik und Wirtschaft ein. Komm einfach zu einem unserer zahlreichen Events in ganz Österreich! Wir freuen uns auf ein Kennenlernen. Alle Infos dazu findest du auf unserer Eventseite: **www.unos.eu/events** und auf unseren Social-Media-Kanälen.

FOLGE UNS AUF DEN SOCIAL-MEDIA-KANÄLEN

www.facebook.com

www.instagram.com

www.linkedin.com

ANMELDUNG

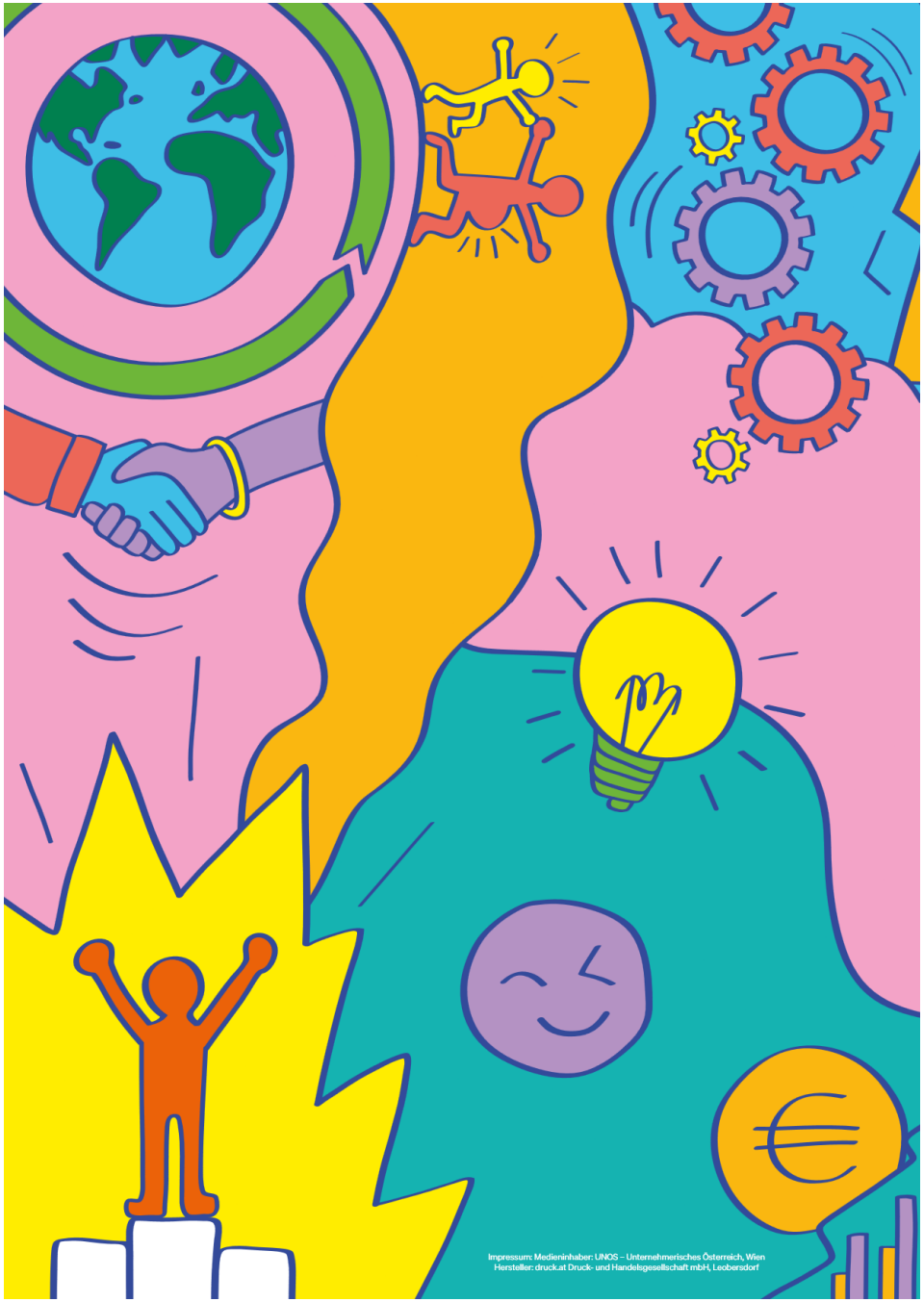
www.unos.eu/mitmachen/newsletter

NEWSLETTER

MIT DEM UNOSLETTER IMMER INFORMIERT BLEIBEN.

Du möchtest Informationen aus erster Hand? Du möchtest mehr über unsere Arbeit in der Wirtschaftskammer wissen oder von aktuellen Veranstaltungen erfahren? Dann melde dich für den monatlichen UNOSletter an. Einfach QR-Code scannen und wir halten dich über unsere Aktivitäten für mehr unternehmerische Freiheit am Laufenden und laden dich zu unseren Veranstaltungen ein.

Aktuelle Infos erhalten auch unsere Follower auf den Social-Media-Kanälen. Folge uns. Wir freuen uns auf deine Kommentare!


Impressum: Medieninhaber: UNOS – Unternehmerisches Österreich, Wien
Hersteller: druck.at Druck- und Handelsgesellschaft mbH, Leobersdorf